

Leistungsbilanz : Umweltschutz und Lebensqualität : eine Dokumentation des SPS-Fraktionssekretariats

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **62 (1983)**

Heft 10

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340021>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Leistungsbilanz: Umweltschutz und Lebensqualität

Eine Dokumentation des SPS-Fraktionssekretariats

Sozialdemokratische Politik heisst auch, unter Berücksichtigung gesamtpolitischer Zusammenhänge die «grünen» Postulate vertreten. Oder wie es im Parteiprogramm heisst: «Ökonomie und Ökologie müssen miteinander in Übereinstimmung gebracht werden.» Die vergangene Legislaturperiode ist von sozialdemokratischen Parlamentariern genutzt worden, um auf den verschiedensten Ebenen Wahlversprechen in politische Aktion umzumünzen.

1. Den Umweltschutz verstärken und Ökologiefragen bewusst machen

Während gegen Ende dieser Legislatur die Bürgerlichen einmal mehr die Reparaturtruppen des Kapitalismus, nämlich staatliche Hilfen für die leidende Wirtschaft herbeirufen, haben sie im Bereich des Umweltschutzes ihren Slogan mit «Weniger Staat» immer wieder lautlos verkündet, so auch beim *Umweltschutzgesetz*. Dank des konzentrierten Einsatzes der SP-Fraktion konnte mindestens im Nationalrat eine Fassung erzielt werden, die unsere Zustimmung gefunden hat. Mit der Verbandsbeschwerde, dem Bodenschutz, der Behördenbeschwerde, dem Einsatz einer beratenden Kommission drangen die Umweltschutzkreise durch. Hingegen unterlagen unsere Anträge auf Umweltabgaben nach dem Verursacherprinzip am Veto der Bürgerlichen. In der Kommission und später auch im Rat zeigten sozialde-

mokratische Fraktionsmitglieder immer wieder ihr Engagement für Umweltschutzanliegen:

● *Abgelehnt* wurden Vorschläge zu einem Verbot der Phosphate in Waschmitteln und der Treibgase. Ebenso eine Begünstigung von Verfahren, welche der energiesparenden, rohstoffsparenden Wiederverwertung des Abfalls dienen, ferner einer Abgabe für Herstellung und Vertrieb von Verpackungsmaterialien zur Schaffung eines Anreizes für umweltfreundliche Verpackung sowie Transport und Lagerung. Die Bürgerlichen lehnten zudem die von der SP-Fraktion vorgeschlagene Umweltabgabe nach dem Verursacherprinzip ab. Weitere Vorschläge aus der Fraktion waren die Förderung der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiete des Umweltschutzes sowie der praxisorientierten Forschung und Entwicklung umweltfreundlicher, energie- und rohstoffsparender Techniken und Produkte.

● Ferner wehrte sich Walter Weber (TG) im Dezember 1980 gegen einen Abbau der Bundesbeiträge an Gewässerschutzvorhaben.

2. Verkehrspolitik und Energiesparen

Umweltschutz und Verkehrspolitik sind eng verknüpft miteinander. Immer wieder verlangten die Fraktion und ihre Mitglieder, dass der Schwerverkehr seine Kosten, die er verursache, selber tragen müsse. Bislang vergeblich: Alle sprachen wohl

über eine Schwerverkehrsabgabe, aber mit trickreichen Verzögerungsversuchen und schliesslich auch noch mit einem methodisch unhaltbaren wissenschaftlichen Gutachten, wonach der Schwerverkehr schon heute mehr bezahle, als er an Kosten verursache, wurde dem Anliegen begegnet.

● Während es beim privaten Verkehr darum ging, die sozialen Kosten mehr auf die Verursacher zu überwälzen, galten ebenso viele Anstrengungen dem öffentlichen Verkehr und der Sorge um den Weiterbestand der Bundesbahnen. Eine wichtige Weichenstellung sollte dabei der Leistungsauftrag an die SBB bringen. In der bürgerlichen Strategie fiel auf, dass immer wieder an den unternehmerischen Fähigkeiten und am Einsatz des Personals herunkritisiert wurde, während die verkehrspolitischen Versäumnisse früherer Jahre kaum in die Diskussion einbezogen wurden.

● All diesen verkehrspolitischen Anliegen wurde mit Vorstössen schon gleich zu Beginn der Legislatur und alle vier Jahre hindurch in den Kommissionen und im Ratsplenum von der Fraktion mit unterschiedlichem Erfolg Nachdruck verschafft. Auch hier zeigte sich, dass eine breitere Vertretung der Sozialdemokraten notwendig ist zur Durchsetzung dieser verkehrspolitischen Vorstellungen. Einen gewissen Erfolg erzielte Heinz Bratschi (BE) mit einem Vorstoss vom März 1980, mit dem eine Entlastung der Wohnquartiere in den Städten vom

Pendlerverkehr versucht wurde, indem die Räte diesen Vorschlag zur Weiterbehandlung weiterleiteten.

● In der *Energiepolitik*, wo die Fraktion darum rang, Mittel für eine sparsame Energieverwendung sowie für Energiesparprogramme der öffentlichen Hände zu bekommen, musste erneut eine Niederlage in Kauf genommen werden, da die bürgerliche Mehrheit sich gegen eine Energieabgabe auf dem den üblichen Haushaltverbrauch übersteigenden Verbrauch ablehnte. Sowohl im Ständerat wie im Nationalrat wehrte sich die Fraktion gegen die bürgerliche Auffassung, die Energieversorgung könne nur von der Angebotsseite her beeinflusst werden. Weder diese Mehrheit noch der Bundesrat schienen entschlossen, eine ernsthafte Nachfragebeeinflussung ins Auge zu fassen.

● Heinz Bratschi (BE) verlangte in einer Motion zudem die Förderung von Energiesparmassnahmen, insbesondere im umbauten Raum, die Förderung der regenerierbaren Energien (v.a. Sonnenenergie) sowie Holz und Wärmepumpen. Die Finanzierung über eine Energieabgabe sollte geprüft werden, und schliesslich sollten die Kantone zu Vorschriften über energiesparendes Bauen und Heizen angehalten werden.

● Zur Erteilung der Rahmenbewilligung für *Kaiseraugst* sagte der Ständerat mit 32:10 Stimmen ja. Mit Verweis auf das Atomgesetz argumentierten die Sozialdemokraten vergeblich gegen dieses neue Werk, indem sie darlegten, dass der Bedarfsnachweis fehle, der Standort in einer Region mit einer halben Million Einwohnern und mit einer bereits vorhandenen Konzentration von Atomkraftwerken im Dreiländereck sei. Ganz abgesehen, dass die Kosten für ein derartiges Werk zunehmend teurer werden, wie diejenigen

für Leibstadt mit nahezu einer Verdoppelung innert fünf Jahren zeigen.

3. Lebensqualität

Mit zur besseren Lebensqualität gehören ein Dach über dem Kopf, das nicht gleich den Hauptteil des Verdienstes auffrisst, einen Konsumentenschutz anstreben, der den Käufer vor Übervorteilung und gegen Fehlkäufe schützt, und dort politisch wirksam werden, wo eine rein mengenorientierte Nahrungsmittelproduktion zu Missbräuchen in der Verwendung von künstlichen chemischen Stoffen führte. Schwergewichte sozialdemokratischer Parlamentspolitik waren deshalb Vorstösse im Bereich des *Mieterschutzes*, des *Konsumen-*

tenschutzes und gegen die skandalöse Verwendung von *Hormonen* in der Tiermast. Zudem wurde auch verlangt, dass der Bund bei der Erstellung *preisgünstiger Wohnungen* tatkräftig mitwirke. Bürgerliche Politiker wollten ihr staatsfeindliches Rezept — bisher dank unserer wirksamen Opposition erfolglos — insbesondere auch am *Bundesamt für Wohnungsweisen* ausprobieren. Im Rahmen der Aufgabenteilung sollte dieses Amt, das nachweislich Tausende von preisgünstigen Wohnungen förderte, wegoperiert werden. Dabei stiessen die Bürgerlichen allerdings sogar auf den Widerstand des Baugewerbes, das offensichtlich den Segen dieser Bundestätigkeit im Verlauf der Jahre eingesehen hatte. (SPS)

Umweltschutz in der politischen Wirklichkeit der Schweiz

Ein Trauerspiel oder Feuerwehr ohne Schläuche

Fakten und Argumente aus der politischen Praxis

1. Demontage des Umweltschutzgesetzes

Verzögerungen

1971: Verfassungsartikel im Verhältnis 12:1 angenommen.

1973: Kommission Schürmann legt Gesetzesentwurf vor.

1979: Erst nach 6 Jahren folgt die Botschaft des Bundesrates.

1982: Gesetz im Nationalrat.

1983: Gesetz im Ständerat.

1985: d.h. 14 Jahre nach der Verfassungsabstimmung würde das Umweltschutzgesetz in Kraft treten. Der Vollzug des Gesetzes ist in Frage gestellt.

Obschon die meisten Schweizer für den Umweltschutz sind, ist das Umweltschutzgesetz seit 1971 immer wieder verzögert, demontiert und misshandelt worden. Diejenigen, welche das gemacht haben, präsentieren sich heute als grüne, umweltfreundliche Politiker!

Demontage der Vorlage durch den Ständerat

Der Ständerat hat gegen die Stimme und den verzweifelten Widerstand der SP-Ständeräte folgende Abschwächungen und Verwässerungen des Gesetzes beschlossen:

● Das Recht der Umweltorganisationen, gegen fehlerhafte oder unvollständige Umweltverträglichkeitsprüfungen von